

## A15 Demokratie verteidigen – alle Instrumente nutzen!

Gremium: LAG Demokratie und Recht + Mitzeichnende: Gazi Freitag, Konstantin v. Notz, Jörn Pohl, Jan Kürschner, Malte Krüger  
Beschlussdatum: 02.04.2024  
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

### Antragstext

1 Unsere Demokratie ist in Gefahr. Rechtsextremist\*innen und Rechtspopulist\*innen  
2 wollen sie zerstören. Die AfD radikalisiert sich immer stärker, Umsturz- und  
3 Deportationsfantasien werden zunehmend versucht, politisch tatsächlich  
4 umzusetzen. Auch über die sozialen Netzwerke bewusst vorgenommene  
5 Diskursverschiebungen finden Widerhall: Das Unsagbare wird mehr und mehr, auch  
6 für erschreckend große Teile der Mitte der Gesellschaft, sagbar. Aus Worten  
7 werden zunehmend auch Taten: Schon jetzt gehören rassistische und antisemitische  
8 Übergriffe für viele Menschen - auch in Schleswig-Holstein - längst zum Alltag.

9 Rechtsextremist\*innen schüren Angst, verbreiten Hass und Hetze, bis hin zu  
10 strafbaren Äußerungen. Sie diskreditieren rechtsstaatliche Institutionen,  
11 stellen die freiheitlich demokratische Grundordnung offen in Frage und wollen  
12 unsere Demokratie gänzlich abschaffen. Sie bedrohen unsere Freiheit, sie wollen  
13 Minderheiten- und Oppositionsrechte angreifen und einschränken. Deshalb müssen  
14 wir unsere Demokratie mit allen Kräften verteidigen.

15 Dazu braucht es die Stimmen aller Demokrat\*innen und eine starke  
16 Zivilgesellschaft: Alle sind aufgefordert, jetzt sichtbar und hörbar Haltung zu  
17 zeigen. Im Netz, auf der Straße, bei der Wohnungssuche, in der Schule, bei der  
18 Arbeit, in der Familie: Wir müssen zusammenstehen, und Hass und Hetze die Stirn  
19 bieten.

20 Demokratie ist eine Form der Gemeinschaft, die miteinander gestaltet, anstatt  
21 Einzelne oder Gruppen auszuschließen. Sie ist nicht selbstverständlich, sondern  
22 muss jeden Tag aufs Neue gelebt und ausgehandelt werden. Demokratisch Handeln  
23 bedeutet, alle Menschen als gleichwertig zu betrachten, zu hören, den Dialog zu  
24 suchen, inhaltlich zu ringen und Kompromisse auszuhandeln.

25 Unsere liberale Demokratie ist eine historische Errungenschaft, die uns wehrhaft  
26 vor den Feind\*innen der demokratischen Ordnung schützt, die auf der Würde aller  
27 Menschen gründet und deshalb auch, und gerade in Krisen, alle Menschen mitdenkt.  
28 Unsere Überzeugungen von Liberalität, Zukunftssicherheit, Menschenwürde und  
29 demokratischer Wehrhaftigkeit basieren auf einem Grundgesetz, das uns nicht nur  
30 verpflichtet, Sicherheit zu organisieren, sondern das uns hierbei auch konkret  
31 leitet. Die Würde des Menschen aus Art. 1 Abs. 1 GG zu achten und zu  
32 verteidigen, muss Kern aller Politik sein.

33 Schutz vor Demokratiefeindlichkeit – für eine offene Gesellschaft!

34 Die größte Bedrohung für die Demokratie geht vom Rechtsextremismus aus. Dabei  
35 beobachten wir seit vielen Jahren eine Entgrenzung: Verfassungsfeindliche  
36 Einstellungen sind in Teilen der Gesellschaft verbreitet und kein Phänomen eines  
37 definierbaren Randmilieus. Doch längst verharren extrem rechte Einstellungen  
38 nicht mehr in den eigentlichen rechtsextremistischen Strukturen, sondern  
39 organisieren und artikulieren sich immer sichtbarer: Reichsbürger\*innen,

40 völkische Siedler\*innen, Querdenker\*innen, die AfD, die Junge Alternative, die  
41 Desiderius-Erasmus-Stiftung. Die AfD ist längst zum parlamentarischen Arm des  
42 Rechtsextremismus geworden – auf kommunaler wie auf Landes- und Bundesebene.  
43 Dabei zielt rechtsextremistische Ideologie bewusst auf das Zerstören von  
44 Vertrauen: Während rechtsextremer Terror und rechtsextreme Netzwerke die  
45 Institutionen der Demokratie angreifen, bedrohen Rassismus und  
46 Menschenfeindlichkeit Menschen in ihrem Alltag. AfD und andere  
47 Rechtspopulist\*innen versuchen bei jeder Gelegenheit, das Unsicherheitsgefühl  
48 der Menschen zu adressieren. Dem stellen wir uns entschlossen entgegen.

49 Auf allen Ebenen wehrhaft sein

50 Viele Menschen in Schleswig-Holstein gehen immer wieder auf die Straße, um sich  
51 gegen diese Entwicklungen zu wehren. Wir wollen alle Anstrengungen unternehmen,  
52 um für unsere Demokratie zu kämpfen und sie mit allen rechtsstaatlichen Mitteln  
53 zu verteidigen. Dabei geht es immer um ein Zusammenspiel von Politik,  
54 Zivilgesellschaft und Sicherheitsbehörden.

55 Um wirksam gegen rechtsextreme Ideologien vorzugehen, stärken wir  
56 zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus,  
57 den Kampf gegen Antisemitismus, wir stärken politische Bildung, die Arbeit der  
58 Gedenkstätten und wir stellen Schleswig-Holstein rassistisch auf.

59 Wir setzen uns dafür ein, dass im Bund und im Land die notwendigen rechtlichen  
60 Voraussetzungen geschaffen werden, um unsere Bemühungen zur Demokratieförderung  
61 und Antidiskriminierungsarbeit noch weiter zu stärken.

62 Alle Instrumente der wehrhaften Demokratie in den Blick nehmen

63 Die zunehmende Radikalisierung der AfD ist vor dem Hintergrund der Wahlprognosen  
64 eine ernsthafte Gefahr für unsere Demokratie. Anfang des Jahres hat das  
65 Recherchemedium Correctiv ein Treffen von AfD-Mitgliedern und anderen  
66 Rechtsextremist\*innen aufgedeckt, aber dieses Treffen ist kein Einzelfall. Immer  
67 wieder treffen sich Rechtsextremist\*innen, um Strategien zur konkreten Umsetzung  
68 ihrer menschenverachtenden Ziele und Vorhaben zu entwickeln. Die Verstrickungen  
69 zwischen der AfD und rechtsextremen, teils gewaltbereiten Personen und  
70 Strukturen werden immer sichtbarer. Die bekannt gewordenen Pläne und zahlreichen  
71 Äußerungen von Funktionär\*innen und Parteimitgliedern sind rassistisch,  
72 demokratiefeindlich und verfassungswidrig.

73 Die Demonstrationen gegen das Erstarken des Rechtsrucks in den vergangenen  
74 Wochen haben gezeigt, dass die Mehrheit in unserem Land für Toleranz, Vielfalt  
75 und Demokratie steht. Viele Menschen haben zum ersten Mal in ihrem Leben  
76 demonstriert. Es haben sich breite Bündnisse gebildet, z.B. in der Wirtschaft  
77 und im Sport. Es wurde zu spontanen Kundgebungen und Demos in großen und kleinen  
78 Orten aufgerufen. Wir alle haben deutlich gezeigt, dass wir gemeinsam die  
79 Brandmauer sind und unsere Demokratie entschlossen verteidigen.

80 In Umfragen für die Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen im  
81 Herbst dieses Jahres liegt die AfD mit rund 30 Prozent vorn. Und das, obwohl die  
82 AfD Landesverbände von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen vom  
83 Verfassungsschutz bereits als gesichert rechtsextremistisch eingestuft wurden  
84 und die Brandenburger AfD ebenfalls als rechtsextremistischer Verdachtsfall  
85 eingestuft ist.

86 Es ist wichtig, dass wir alle Instrumente der wehrhaften Demokratie und unseres  
87 Rechtsstaats gegen die Feind\*innen unserer Verfassung nutzen. Ein Baustein kann  
88 sein, ihnen ihre finanziellen Mittel zu streichen. Dafür wollen wir, sofern  
89 rechtliche Möglichkeiten bestehen, die Förderung durch öffentliche Gelder an die  
90 AfD und AfD-nahe Vereine sowie ihr nahestehende Stiftungen verhindern. Wir  
91 müssen die Finanzierung von rechtsextremen Strukturen austrocknen, denn so  
92 schwächen wir ihre Bildungs- und Vernetzungsarbeit. Rechtsextreme Finanzströme  
93 müssen stärker als bisher aufgeklärt und verfolgt werden.

94 Um unsere Demokratie zu schützen, ist es erforderlich, dass wir  
95 Verfassungsfeind\*innen konsequent entwaffnen. Wir haben in diesem Bereich gute  
96 Rahmenbedingungen geschaffen, die wir jetzt entschlossen anwenden und umsetzen  
97 werden.

98 Mit der Reform des Bundesdisziplinarrechtes sind wir einen Schritt weiter beim  
99 Schutz unseres Rechtsstaates. Wir zeigen, dass wir keine Rechtsextremist\*innen  
100 im öffentlichen Dienst dulden. Auch auf Landesebene wollen wir das  
101 Disziplinarrecht dementsprechend ändern.

102 Die Wehrhaftigkeit unserer Verfassungsorgane auf Landes- und Bundesebene wollen  
103 wir stärken und werden hierzu nötigenfalls entsprechende gesetzliche Änderungen  
104 auf den Weg bringen. Hierbei fordern wir auch, notwendige Änderungen des  
105 Grundgesetzes vorzunehmen.

106 Politische Bildung gegen Rechtsextremismus stärken

107 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein bekräftigen die Forderungen der  
108 Beschlüsse „Politische Bildung in Schleswig-Holstein stärken“ des  
109 Landesparteitages aus November 2019 und „Verschwörungserzählungen keine  
110 Plattform bieten!“ aus Januar 2020. Unser Fokus muss unverändert auch auf der  
111 inhaltlichen Arbeit gegen Rechtsextremismus liegen. Eine stabile  
112 Zivilgesellschaft mit starken Initiativen gegen Rechtsextremismus, gute und  
113 dauerhaft etablierte politische Bildung, die im Bildungssystem und im Alltag der  
114 Menschen Wirkung entfaltet sowie eine lebendige und vielfältige Demokratie sind  
115 die Grundpfeiler dieser Arbeit.

116 Um langfristig etwas gegen Rechtsextremismus, Fake News und  
117 Verschwörungserzählungen zu unternehmen, ist politische Bildung unersetzlich.  
118 Denn politische Bildung ist essenziell, um kritisches Denken hinsichtlich  
119 politischer und wissenschaftlicher Sachverhalte anzuregen.

120 Demokratiebildung stellt die zentrale Säule der Wertebildung an Schulen dar. Wir  
121 wollen, dass Demokratiebildung fächerübergreifend weiter gestärkt wird und  
122 dadurch einen höheren Stellenwert bekommt. Das Erlernen von kritischem Denken  
123 muss an Schulen und anderen Bildungsorten ein zentraler Baustein von Bildung  
124 sein. Es darf jedoch nicht nur in der Schule angesetzt werden. Vielmehr müssen  
125 für alle Altersgruppen Angebote geschaffen werden, um politische Bildung  
126 generationenübergreifend zu fördern und langfristig zu etablieren. Insbesondere  
127 Stiftungen und Verbände, die sich kritisch mit Verschwörungserzählungen,  
128 Rechtsextremismus und -populismus auseinandersetzen, müssen in ihrer Arbeit  
129 unterstützt werden, ohne dass ihre Unabhängigkeit gefährdet wird.

130 Wir GRÜNE stehen gemeinsam mit allen Demokrat\*innen zusammen und werden  
131 weiterhin auf allen Ebenen eine klare Haltung für unsere Demokratie beweisen.

- 132 Auf der Straße, in den sozialen Medien, im Betrieb und in den Parlamenten, egal  
133 ob auf kommunaler, Landes-, Bundes- oder europäischer Ebene.  
134 Gemeinsam sind wir stark im Kampf gegen Rechtsextremismus.